



**TRANSPARENCY
INTERNATIONAL**
Deutschland e.V.

Die Koalition gegen Korruption.

Transparency International – Deutschland e.V.
Alte Schönhauser Str. 44
D – 10119 Berlin

Geschäftsstelle
Alte Schönhauser Str. 44
D-10119 Berlin
Tel.: (49) (30) 54 98 98 0
Fax: (49) (30) 54 98 98 22
e-mail: office@transparency.de
www.transparency.de

Berlin, den 23.06.2009

Wahlprüfsteine für Landtagswahl Thüringen am 30. August 2009

Sehr geehrte Damen und Herren,

Transparency International Deutschland e.V. (kurz: Transparency Deutschland) kämpft seit mehr als 15 Jahren erfolgreich gegen Korruption und setzt sich für mehr Transparenz in allen Bereichen von Wirtschaft, Verwaltung und Politik ein. Zahlreiche Korruptionsfälle im kommunalen Bereich sowie bei Siemens oder VW zeigen, dass die rechtlichen Anforderungen und Rahmenbedingungen weiterhin stark verbesserungswürdig sind; die Bevölkerung erwartet Reaktionen der politischen Entscheidungsträger.

Wir haben aus Anlass der Landtagswahl 2009 an Ihre Partei einige Fragen zu Themen der Korruptionsbekämpfung, die auch die politischen Verantwortungsträger in Thüringen betreffen. Wir werden folgende Parteien um eine Stellungnahme zu den untenstehenden Fragen bitten. Diese werden rechtzeitig vor der Wahl den Medien und der Öffentlichkeit vorgestellt.

- CDU Thüringen
- Die Linke Thüringen
- SPD Thüringen
- Bündnis 90 / Die Grünen Thüringen
- FDP Thüringen
- Freie Wähler in Thüringen

Verhaltensregeln für Regierungsmitglieder

Nach dem Regierungswechsel im Jahre 2005 auf Bundesebene sind der frühere Bundeskanzler sowie Minister und Parlamentarische Staatssekretäre unmittelbar zu Firmen und Institutionen gewechselt, bei denen sie bezahlte Tätigkeiten mit bemerkenswert problematischem Bezug zu ihren früheren Aufgaben wahrnehmen. Ähnliches ist wiederholt auch in Thüringen zu beobachten.

1. Wie stehen Sie zu der Forderung von Transparency Deutschland, zur Vermeidung von Interessenkonflikten für Politiker/innen eine Karenzzeit von drei Jahren nach dem Ausscheiden aus dem Amt einzuführen, wenn ein Zusammenhang zwischen der bisher ausgeübten Tätigkeit und der nach dem Ausscheiden aus dem Dienst

beabsichtigten Tätigkeit besteht und dadurch vor oder nach dem Wechsel dienstliche und öffentliche Interessen berührt sein könnten?

2. Unterstützen Sie die Forderung von Transparency Deutschland, dass parteipolitisch unabhängige Ethikräte eine Empfehlung aussprechen, ob die nach dem Ausscheiden beabsichtigte Aufnahme einer Tätigkeit genehmigt oder untersagt werden soll? Soll diese Empfehlung veröffentlicht werden?

Informationsfreiheitsgesetz (IFG)

Transparency Deutschland sieht in mangelnder Transparenz und fehlender Öffentlichkeit einen wichtigen Nährboden für Korruption, Ämterpatronage und Amtsmissbrauch. Die Erfahrung zeigt, dass sich die vielfach geäußerten Bedenken gegen Veröffentlichung staatlicher Informationen nicht bestätigt haben. In Thüringen existiert seit dem 21. Dezember 2007 das Thüringer Informationsfreiheitsgesetz (ThürIFG), welches in der kommenden Legislaturperiode nach seiner fünfjährigen Gültigkeit ausläuft.

1. Werden Sie die Verlängerung des ThürIFG unterstützen und aktiv vorantreiben?
2. Sind Sie für die folgenden möglichen Erweiterungen des ThürIFG:
 - a. Einführung einer Abwägungsklausel für den Ausschlussgrund Betriebs- und Geschäftsgeheimnisse
 - b. Einführung einer (normalerweise bei den Datenschutzbehörden angesiedelten) Beschwerde- und Vermittlungsinstanz bzw. eines Informationsfreiheitsbeauftragten
 - c. Ermöglichung eines Antragsrechts nach dem ThürIFG auch für Nicht-EU-Bürger

Arbeit und Ausstattung der Strafverfolgungsbehörden

Nach den positiven organisatorischen Veränderungen bei Polizei und Staatsanwaltschaften sind Fortschritte bei der Korruptionsbekämpfung festzustellen. Trotzdem besteht bei den Strafverfolgungsbehörden schon jetzt und vor dem Hintergrund weiter steigender Fallzahlen ein erheblicher Personalmangel. Aufgrund der zahlreichen Fachgebiete, in denen korrupte Handlungen auftreten, fehlt es bei den Ermittlungen häufig an branchenspezifischem Expertenwissen.

1. Werden Sie sich für personelle Verbesserungen bei Polizei, Justiz und Finanzbehörden einsetzen?
2. Würden Sie eine stärkere Einbindung von branchenspezifischen Fachleuten in die Ermittlungsarbeit begrüßen und sich für die Schaffung entsprechender weiterer Planstellen bei den Strafverfolgungsbehörden einsetzen?

Bitte senden Sie Ihre Antworten bis zum 31. Juli 2009, gerne auch per E-Mail. Damit nehmen Sie die Gelegenheit wahr, den Wähler/innen einen Einblick in ihren politischen Gestaltungswillen und damit eine zusätzliche Entscheidungshilfe für den Wahltag zu bieten.

Jens Claussen für die Regionalgruppe Thüringen, Sachsen-Anhalt